

akzente.

AKTUELLE INFORMATIONEN ÜBER EVANGELISCHE POLITIK 01/2008

ZWEIMAL NEIN AM 24. FEBRUAR

Nein zur Unternehmenssteuerreform weil verfassungswidrig, nein zur Kampfjetlärminitiative weil unverantwortlich. Das ist die Haltung der EVP zu den Abstimmungsvorlagen vom 24. Februar 2008.

VON NIKLAUS HARI,
LEITER KOMMUNIKATION EVP

Am Samstag, den 26. Januar hat ihn St.Gallen die erste ausserordentliche Delegiertenversammlung der EVP Schweiz dieses Jahres stattgefunden. Am 16. März stehen hier kantonale Wahlen an, die EVP will ihre beiden Sitze trotz Verkleinerung des Kantonsrates halten können, wie Kantonalpräsident Reto F. Denoth ausführte.

Die Delegierten der EVP Schweiz befassten sich mit der Volksinitiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten», zu der Nationalrätin Yvonne Gilli (Grüne, SG) die Ja- und Nationalrat Walter Donzé (EVP, BE) die Nein-Parole vertrat. Zwar müssten laut Donzé alle Anstrengungen unternommen werden, um die Bevölkerung möglichst vom Fluglärm zu entlasten, doch käme die Initiative faktisch einem Grounding der Luftwaffe gleich und sei deshalb abzulehnen: «Oben ohne wäre unverantwortlich.» Die Delegierten teilten diese Ansicht und empfehlen die Initiative mit 89 zu 25 Stimmen zur Ablehnung (vgl. auch Artikel auf Seite 5). Zur Unternehmenssteuerreform II haben die EVP-Delegierten bereits am 27. Oktober 2007 ein Nein beschlossen.

Anschliessend diskutierte eine Runde von Expertinnen und Ex-



Bejahen die Palliativpflege: Joel Blunier, Ruedi Aeschbacher, Reto F. Denoth, Elisabeth Brassel, Dr. Daniel Beutler und Marc Jost.

perten, wie die Beihilfe zum Suizid in der Schweiz besser geregelt werden könnte. Während EVP-Grossrat Marc Jost (Thun BE) vor neuen Gesetzen warnte, weil sie als Legitimierung der Sterbehilfe missverstanden werden und einer weiteren Liberalisierung Tür und Tor öffnen könnten, verwies Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) auf den heute sehr unterschiedlichen Vollzug in den Kantonen: «Wenn Ärzte und Sterbebegleiter ein Honorar erhalten, ist das doch Sterbehilfe aus einem selbstsüchtigen Motiv, was von den Strafverfolgungsbehörden geahndet werden müsste.» Einig war sich hingegen das ganze Po-

dium, dass das palliative Angebot (mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensqualität von Schwerstkranken) deutlich ausgebaut werden muss (vgl. auch Artikel auf Seite 5).

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 5. April in Neuenburg statt. Neben den Vorlagen vom 1. Juni wird die Wahl von Zentralvorstand und Präsidium auf der Traktandenliste stehen, wobei Ruedi Aeschbacher nach zwei Amtsperioden nicht mehr zu einer dritten antreten wird. Der Zentralvorstand schlägt der Delegiertenversammlung Heiner Studer zur Wahl ins Parteipräsidium vor. Bis bald in Neuchâtel!

KOMMENTAR

Zurück an den Start!

Im Vorfeld der Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform II kämpft Bundesrat Hans-Rudolf Merz zunehmend auf verlorenem Posten. Nacheinander melden die Rechtsprofessoren Robert Waldburger, Madeleine Simonek, René Matteotti und Ruedi Baumann sowie Walter Stoffel, Präsident der Wettbewerbskommission, ihre Zweifel an der Vorlage an. Das Anliegen sei berechtigt, doch die Vorlage «taugt an sich nichts», meint Walter Wittmann, erzkonservativer Wirtschaft- und Finanzwissenschaftler. Es treffe nicht zu, dass die Reform die KMU fördere, gänzlich irrelevant seien die Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Wachstum. Jetzt meldet sich auch Merz' Kronzeuge Christian Keuschnigg zu Wort: Nicht einmal langfristig werde das laut Keuschnigg «bescheidene» Wachstum die Steuerausfälle kompensieren können. Was ist da bloss passiert?

Es ist die Selbstbedienungsmentalität, die um sich greift. Geldadel und rechtsbürgerliche Parlamentsmehrheit glauben sich ihrer Steuerpflichten entledigen zu können, der arme Merz hält den Kopf hin. Das überladene Fuder schlucken soll das Volk als KMU-Reform, geschont wird das Portemonnaie der Grossaktionäre. Wann merken die Kapitalisten, dass es sich ohne Anstand, Ausgleich und sozialen Frieden auf die Dauer nicht geschäftlich lässt? Da hilft nur eines: zurück an den Start!

Niklaus Hari

Nein zu Personenkult – Ja zu Politik mit Inhalten

Bundesrat Blocher hat sein Departement effizient geführt, seine Dossiers gekannt und auch Themen auf den Tisch gebracht, um die andere einen grossen Bogen machten. Blocher war ein guter Manager seines Departements – aber als Bundesrat ist er über seine eigene Persönlichkeitsstruktur gestolpert.



Ich meine die rücksichtslose Art, mit der er seine Ansichten durchsetzte, Andersdenkende lächerlich oder schlecht machte, Bundesrat und Bundesgericht für unliebsame Entscheide kritisierte und ohne Respekt vor dem Volk Abstimmungsergebnisse, zum Beispiel das Rassendiskriminierungsverbot, rückgängig machen wollte. Blocher wollte alles: als Bundesrat Macht und Einfluss ausüben und über seine Partei Opposition gegen die eigene Regierung aufziehen, wenn er dort nicht durchkam. Blocher war nie Landesvater. Er hat nach immer mehr Macht gestrebt, statt diese zu teilen. Und er hat die Schweiz gespalten, wie kaum jemand zuvor.

Das konnte nicht gut gehen. Vor zwei Jahren schon habe ich an dieser Stelle prognostiziert, Blocher sei so nicht mehr wählbar. Prompt ist die Abwahl erfolgt. Das findet eine deutliche Mehrheit unseres Volkes richtig. Die « totale Opposition » der SVP hat sich inzwischen als leere Drohung Blochers erwiesen: aus keinem einzigen Amt hat sich die SVP zurückgezogen. Unliebsame Entscheide hat sie schon immer bekämpft, mit oder ohne Blocher im Bundesrat.

Damit ist wieder inhaltliche Politik ohne Personen- und Führerkult, ohne tägliche Begegnungen mit Blochers in allen Medien angesagt. Eine Politik also, die uns im gegenseitigen Respekt über unterschiedliche Standpunkte und Ziele fair und konstruktiv streiten – und nachhaltige Lösungen finden lässt. Zum Wohle aller. Mich freut's.

Nationalrat Ruedi Aeschbacher
Präsident EVP Schweiz

« Dieses Jahr fallen Auffahrt und 1. Mai zusammen. Das ist erst im 2160 wieder so, und bis dann haben wir die Nachdemos hoffentlich erledigt. »

Der Zürcher EVP-Kantonsrat Peter Ritschard in seinem Votum zur Abschaffung des 1. Mai als Feiertag.

« Die Jugend kann nicht besser sein als die Gesellschaft, in der sie aufwächst. »

Parteipräsident Ruedi Aeschbacher während der Jugenddebatte vom 19. Dezember 2007 im Nationalrat.

« Oben ohne ist unverantwortlich ! »

Nationalrat Walter Donzé zur Initiative « Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten ». Sie käme faktisch einem Grounding der Luftwaffe gleich.

PAROLEN DER EVP

gefasst am 26. Januar 08 in St.Gallen und am 27. Oktober 07 in Sursee von den ausserordentlichen Delegiertenversammlungen der EVP Schweiz für die Volksabstimmung vom 24. Februar 2008:

**Volksinitiative « Gegen Kampfjetlärm
in Tourismusgebieten »**

NEIN

Unternehmenssteuerreform II

NEIN

INHALT

Marc-André Pradervand: Wehrt sich gegen Gewalt in Computerspielen	3
Unternehmenssteuerreform II: Nein zur verfassungswidrigen Vorlage	4
Beihilfe zum Suizid: Lebenshilfe statt Sterbehilfe bieten!	5
Initiative Kampfjetlärm: Luftwaffe ist auf Übungsraum angewiesen	5
Aus dem Bundeshaus: Wie es zur CVP/EVP/glp-Fraktion gekommen ist	5

SPIELE OHNE GRENZEN ?

Marc-André Pradervand, Wirtschaftsinformatiker und EVP-Mitglied, ist Leiter Marketing und Kommunikation bei pro juventute. In seinen Verantwortungsbereich fällt unter anderem die Petition «Stopp der (un)heimlichen Gewalt».

VON NIKLAUS HARI

Die pro juventute hat die Petition «Stopp der (un)heimlichen Gewalt» lanciert. Wie kam es dazu?

Der lückenhafte Kinder- und Jugendschutz im Medienbereich beschäftigt uns schon länger. Problematisch sind nicht die Spiele und Filme an sich, sondern das darin oftmals gezeigte Konfliktlösungsverhalten: Du bist mir im Weg, also schiess ich Dich über den Haufen. Als die Debatte über Jugendgewalt vor einem Jahr aufflackerte, wurde von aussen der Wunsch an uns herangetragen: Macht doch etwas.

Was fordert die Petition?

Erstens eine schweizweit einheitliche Regelung im Kinder- und Jugendmedienschutz und zwar für alle Medien. Zweitens verbindliche Altersangaben, die von einer nationalen Zertifizierungsstelle festgelegt werden. Schliesslich soll bei Kindern, Jugendlichen und Eltern die Kompetenz im Umgang mit Unterhaltungsmedien gefördert werden.

Die Unterhaltungsindustrie ist der Ansicht, die heute geltende freiwillige Selbstkontrolle sei ausreichend.

Im November und Dezember haben wir in St.Gallen Testkäufe mit erschreckenden Resultaten durchgeführt: in über der Hälfte der Fälle konnten Kinder problemlos Computer- oder Videospiele mit Gewaltdarstellungen kaufen, obwohl sie nach dem internationalen PEGI-Rating – auf das sich die Hersteller berufen – für ihr Alter nicht



Marc-André Pradervand: «Altersangaben müssen verbindlich sein!»

geeignet waren. Wir wollen die Spiele nicht verbieten, aber für einen funktionierenden Kinder- und Jugendmedienschutz sorgen. Es braucht eine staatliche Stelle, die verbindliche Altersangaben festlegt und sie bei den Händlern durchsetzt, wenn nötig auch mit Sanktionen. Doch die Verantwortung liegt nicht beim Handel allein. Viele Eltern wissen zu wenig, was ihre Kinder spielen. Wir wollen sie in die Pflicht nehmen und ihre Medienkompetenz erhöhen: mit der Petition und mit neuen Projekten von pro juventute, die sie dabei unterstützen sollen.

Bleibt noch die Forderung nach einer schweizweit einheitlichen Regelung.

Schauen wir uns das Beispiel Kinofilme an: jeder Kanton kann die Altersgrenze selber bestimmen, ei-

nige delegieren das sogar an die Gemeinden. Das ergibt doch keinen Sinn! Heute rücken die verschiedenen Medien und Verkaufskanäle wie Kinofilm, DVD, Computergame, Handy- und Internetangebote immer näher zusammen und überschneiden sich teilweise. Dieser Entwicklung kann nur eine nationale Regelung gerecht werden.

Wann wird die Petition eingereicht?

Voraussichtlich im Laufe des Sommers, bis dann sammeln wir: das Ziel sind mindestens 50 000 Unterschriften. In den ersten drei Monaten sind bereits 30 000 Unterschriften zusammen gekommen.

Die Petition ist nicht das einzige Projekt von pro juventute. Welches sind die wichtigsten?

Sicher die pro juventute Beratung 147 für Kinder und Jugendliche via Telefon, Internetplattform und SMS, welche jeden Tag rund um die Uhr erreichbar ist und täglich von rund 150 Kindern und Jugendlichen benutzt wird. Dann die pro juventute Elternbriefe mit Informationen zur Pflege, Erziehung und Ernährung von Kindern bis

sechs Jahren. Zudem sind wir daran, neue Projekte und Dienstleistungen zu entwickeln.

Du bist erst seit September 2007 Leiter Marketing und Kommunikation bei pro juventute. Was ist Dein bisheriger Werdegang?

Nach dem Studium der Wirtschaftsinformatik habe ich in einer Unternehmensberatung gearbeitet. Dann hat mich die Organisation Campus für Christus für die Projektleitung der Konferenz EXPLO 2000 in Lausanne angefragt. Anschliessend arbeitete ich dort noch mehrere Jahre in verschiedenen Bereichen. Nach einem Wechsel zurück in die Privatwirtschaft hat mich ein Bekannter auf die offene Stelle bei pro juventute aufmerksam gemacht. Nach anfänglicher Zurückhaltung habe ich mir irgendwann gesagt: diese Herausforderung würde ich gerne übernehmen!

Weshalb?

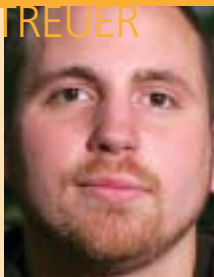
Weil ich hier meine Erfahrungen aus der Privatwirtschaft und dem NPO-Bereich miteinander verbinden kann. Als Vater von drei Kindern und EVP-Mitglied ist es mir wichtig, dass Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, zu gesunden und urteilsfähigen Menschen heranzuwachsen und Verantwortung für sich selbst und die Gesellschaft zu übernehmen. Deshalb setze ich mich bei pro juventute für die Anliegen von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz ein.

Ihre Stimme zählt !

Unterschreiben Sie die Petition und helfen Sie mit, den uneingeschränkten Zugang von Kindern und Jugendlichen zu immer hemmungsloseren Inszenierungen von Gewalt in Unterhaltungsmedien zu stoppen: auf dem beiliegenden Unterschriftenbogen oder noch besser direkt im Internet unter www.pro-juventute.ch. Eine Petition kann von allen Interessierten unterschrieben werden, unabhängig von Alter und Nationalität. Jede Unterschrift zählt: Verleihen Sie diesem Anliegen das nötige Gewicht !

Marc-André Pradervand

Alter: 45 Jahre
Zivilstand: verheiratet, 3 Töchter (8 1/2, 11 und 14 Jahre)
Beruf: Dr. oec. publ., Leiter Marketing und Kommunikation bei pro juventute
Hobbys: Freunde treffen, Skifahren



Werte, die Perspektive geben

Sicher kennen Sie sie auch, die Zweifel. Immer wieder schleichen sie sich in den dümmsten Situationen in unser Leben. Vor einigen Tagen sass ich mit einigen Jugendlichen zusammen in einer Bar. Wir redeten so vor uns hin, bis sich das Gespräch in Richtung Gott und Gebote hin entwickelte. Sie redeten davon, dass man es ja nicht immer allzu genau nehmen könne mit den Regeln, die uns die Bibel gibt. Schliesslich müsse man ja auch noch leben können. Ich holte Luft, um eine einem Jugendarbeiter angemessene Antwort zu geben, als sie mich wieder anfielen, die Zweifel. Wie alte Bekannte, die ab und zu wie aus dem Nichts auftauchen, es sich gemütlich machen und den Kühlschrank leer fressen. Haben sie nicht doch auch ein bisschen Recht? Beschneiden Gottes Gebote nicht wirklich einen Teil unseres Lebens? Nehmen sie mir nicht doch viele Möglichkeiten? Ich atme nochmals aus, ohne den Mund zu öffnen und erinnere mich an mein Leben, als Gottes Gebote noch graue Theorie aus der Sonntagsschule waren. Hatte ich nicht mehr Freiheiten? Während ich so überlege, wird mir bewusst, dass es nur vordergründig so ist. Die christlichen Werte haben mir ein Fundament gegeben, welches mir ein Leben mit Perspektiven und Träumen ermöglicht. Das Respektieren von Werten hat mein Leben nicht langweiliger gemacht, sondern bereichert. Das Gespräch wurde jedenfalls noch sehr interessant!

Philipp Frei arbeitet bei campus generation und diskutiert oft mit Schulklassen über Werte, Gott und die Welt.

UNFAIRE REFORM

Die EVP lehnt die Unternehmenssteuerreform II ab, weil die bemängelte Doppelbelastung von Unternehmen und Aktionären in den meisten Fällen nur eine vordergründige ist. Zudem ist die Bevorzugung der Grossaktionäre verfassungswidrig.

VON NIKLAUS HARI

Am 24. Februar 2008 kommt die Unternehmenssteuerreform II zur Abstimmung, gegen die mit Hilfe der EVP erfolgreich das Referendum ergriffen worden ist. Bereits an der Delegiertenversammlung vom 27. Oktober 2007 in Sursee hat die EVP die Nein-Parole zur Vorlage beschlossen.

Das Reformpaket USR II enthält verschiedene Elemente. Umstritten ist vor allem das Vorhaben, die sogenannte wirtschaftliche Doppelbelastung von Unternehmensgewinnen zu mildern. Andere Teile der Vorlage wie der Abbau von substanzzehrenden Steuern und die Entlastung von Personenunternehmen (Selbständigerwerbende) in Übergangsphasen (Regelungen bei Nachfolge oder Auflösung) sind hingegen unbestritten.

Wirtschaftliche Doppelbelastung – ein Scheinproblem

Was ist mit der wirtschaftlichen Doppelbelastung von Unternehmensgewinnen gemeint? Die Gewinne einer Firma unterliegen zunächst der Unternehmensgewinnsteuer. Schüttet das Unternehmen anschliessend einen Teil des Gewinns an die Inhaber aus – beispielsweise in Form einer Dividende an die Aktionäre, müssen diese Dividenden in der privaten Steuererklärung der Aktionäre als Einkommen deklariert werden. Sie werden sodann als Kapitaleinkommen besteuert. Die Vorlage will diese ausgeschütteten Gewinne bei der direkten Bundessteuer bei Grossaktionären künftig nur noch zu 60 % statt zu 100 % besteuern.

Inwiefern diese doppelte Besteuerung überhaupt ungerecht ist, darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Nach der reinen Steuerlehre wird argumentiert, dass der Staat jede wirtschaftliche Aktivität

nur einmal besteuern sollte. Andererseits liegt eine echte Doppelbelastung gar nicht vor, weil das Unternehmen und der Aktionär ja zwei unterschiedliche Steuersubjekte sind. Es ist zudem nur schwer verständlich, weshalb der Lohn von Arbeitnehmenden zu 100 %, das Kapitaleinkommen von Aktionären jedoch nur zu 60 % besteuert werden soll. Zumal der Gewinn bringende Verkauf von Aktien weiterhin gänzlich steuerfrei bleibt!

Nachvollziehbar ist höchstens, dass Inhaberinnen und Inhaber von KMU es als Doppelbelastung empfinden, wenn sie die erwirtschafteten Gewinne zunächst bei ihrem Unternehmen und dann in der persönlichen Steuererklärung versteuern müssen. Doch auch hier muss man sich vergegenwärtigen: es wird niemand dazu gezwungen, sein Unternehmen in Form einer juristischen Person (Aktiengesellschaft, GmbH) von seinem Privatvermögen zu trennen. Zwar sind mit diesem Schritt steuerliche Nachteile bei der Gewinnbesteuerung verbunden, aber auch Vorteile wie die Haftungsbeschränkung sowie Steuervorteile bei der Unternehmensnachfolge. Wählt jemand die Form

des Einzelunternehmens entfallen diese Vor- und Nachteile.

Entlastung der Grossaktionäre verletzt die Rechtsgleichheit

Höchst problematisch ist zudem die Bedingung, dass nur in den Genuss der Steuerreduktion kommen soll, wer zu mindestens 10 Prozent an einer Unternehmung beteiligt ist. Nach Ansicht des St.Galler Professors Robert Waldburger verletzt die Vorlage mit dieser Benachteiligung von Kleinaktionären das Gebot der rechtsgleichen Behandlung, wie es in der Bundesverfassung verankert ist. Das Bundesgericht wird sich demnächst anhand der Zürcher Lösung zu dieser Frage äussern.

Gegen die Reform spricht auch der Anreiz, im Unternehmen beschäftigten Inhaberinnen und Inhabern vermehrt Dividenden anstelle von Lohn auszuzahlen, um so die Sozialabgaben zu umgehen. Auch dem Ziel eines einfacheren Steuersystems läuft die Vorlage zuwider. Es wäre besser und einfacher gewesen, die Unternehmensgewinnsteuern moderat zu senken, als mit dieser Unternehmenssteuerreform neue und teils verfassungswidrige Ungerechtigkeiten zu schaffen.



KMU-Vorlage? Mitnichten! Es profitieren die Grossaktionäre. IKEA ist das alles egal. Offiziell im Besitz einer Stiftung wird ihr Gründer – reichster Mann mit Schweizer Wohnsitz – ohnehin bloss pauschal besteuert.

LEBENSCHILFE BIETEN

An der DV in St.Gallen hat die EVP den Handlungsbedarf bezüglich Beihilfe zum Suizid diskutiert. Das Fazit ist eindeutig: statt Sterbe- braucht es mehr Hilfe zum Leben.

(nh). Eine Expertenpodium hat an der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz vom 26. Januar in St.Gallen erörtert, wie die unbefriedigende Situation bezüglich Beihilfe zum Suizid in der Schweiz verbessert werden könnte: heute können die Sterbehilfeorganisationen oft relativ unbedarft schalten und walten.

Elisabeth Brassel, Mitarbeiterin des Palliativen Brückendienstes der Krebsliga und Präsidentin des Hospizdienstes St.Gallen rief dazu auf, statt Sterbe- vielmehr Lebenshilfe zu bieten: im Gespräch zwischen Arzt und Patient, durch palliative Schulungs- und Beratungsangebote und durch Hospizdienste, bei denen Freiwillige Schwerkranken und Sterbenden ihre Zeit schenken. Brassels Forderungen aus der Praxis wurden vom ganzen Podium sehr positiv aufgenommen.

Dr. med. Daniel Beutler, Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Ärztinnen und Ärzte

in der Schweiz AGEAS, wies auf zwei grundsätzliche Dilemmata hin: das Abwägen zwischen Einzelschicksal und einer übergeordneten Regulierung einerseits und das Spannungsfeld zwischen Selbstbestimmung und Menschenwürde andererseits. Im Zweifelsfall müsse man sich aber für das Leben und die ihm innewohnende Würde entscheiden.

EVP-Kantonsrat Reto F. Denoth, Präsident der Ethikgruppe des St.Galler Kantonsrats, wies darauf hin, dass eine umfassende palliative Betreuung durch Medizin, Pflege und geistige Begleitung die einzige Alternative zur Beihilfe zum Suizid darstelle. Der Todeswunsch der Patienten verschwinde in der Folge solch ganzheitlicher Pflege oft.

EVP-Grossrat Marc Jost, Pfarrer in Thun, warnte vor einer weitergehenden gesetzlichen Regulierung, weil sie als Legitimierung der Suizidbeihilfe verstanden werden könnte und zudem die Gefahr einer

weiteren Lockerung in sich berge.

Abschliessend plädierte Nationalrat Ruedi Aeschbacher für eine einheitliche Regelung: heute werde das geltende Verbot der Suizidbeihilfe aus selbstsüchtigen Motiven kantonal sehr unterschiedlich und teils zu lasch vollzogen.

Sterbetourismus

Vor Weihnachten hat die EVP in diversen kantonalen Parlamenten Vorstösse eingereicht, die alle in eine ähnliche Richtung zielen und die Sterbehilfe an nicht in der Schweiz wohnhaften Personen unter Strafe stellen wollen. Ein Erfolg war EVP-Grossrätin Lilian Studer im Kanton Aargau beschieden, wo das Parlament einer Standesinitiative zugestimmt hat. In den anderen Kantonen sind die Vorstösse noch hängig.

EVP neu in CVP/EVP/glp-Fraktion

Parteipräsident und Nationalrat Ruedi Aeschbacher beschreibt, wie es zur neuen CVP/EVP/glp-Fraktion gekommen ist:

« Wer im Bundesparlament mitgestalten und mitreden will, muss einer Fraktion angehören. Fraktionslose sind im Bundeshaus bedeutungslos. Sie können nicht in den Kommissionen Einsitz nehmen – dort, wo die Ratsgeschäfte vorbereitet und die wichtigsten Weichen gestellt werden und haben im streng reglementierten Ratsbetrieb wenig Redemöglichkeiten.

Nach den Wahlen vom 21. Oktober war die Fortsetzung der bisherigen EVP/EDU-Fraktion nicht mehr möglich. EVP und EDU kamen zusammen nur noch auf 3 Sitze statt der erforderlichen 5. Der einzige verbliebene EDU-Vertreter Christian Waber schloss sich rasch der SVP-Fraktion an. Wir EVP-Nationalräte favorisierten stark die Bildung einer kleinen Fraktion mit der Grünliberalen Partei (glp). Diese hatte indessen andere Pläne: Sie und die CVP wollten eine neue, grosse Fraktion in der Mitte des politischen Spektrums bilden. Nachdem die glp nicht zustimmen war, blieb uns nur noch die Alternative, uns an der Bildung einer neuen starken Fraktion der Mitte aktiv zu beteiligen und dabei so weit als möglich auch unsere eigenen Anliegen einzubringen. Dies haben wir denn auch getan und die neue CVP/EVP/glp-Fraktion mitgegründet.

Trotz der gemeinsamen Fraktion bleiben die drei Parteien voneinander unabhängig, wahren ihr eigenes Erscheinungsbild sowie ihre programmatische und organisatorische Eigenständigkeit. Wir bündeln aber dort unsere Kräfte, wo wir gemeinsame Ziele haben: z.B. bei der Stärkung der Familien, der Sicherung der Sozialwerke, einer nachhaltigen Umweltpolitik und der Schaffung von neuen Jobs. »

OBEN OHNE GEHT NICHT

Eine Schweiz ohne Luftwaffe wäre ein Sicherheitsvakuum in Europa. Auf dieses Resultat läuft Webers Volksinitiative « gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten » aber heraus.

VON WALTER DONZÉ,
NATIONALRAT

Die Initiative will, dass « in touristisch genutzten Erholungsgebieten in Friedenszeiten keine militärischen Übungen mit Kampfjets durchgeführt werden dürfen ». Die Massnahme ist derart einschneidend, dass der Schweizer Luftwaffe ein Grounding droht. Weshalb?

Die Initiative verbietet Übungsflüge nicht etwa während der touristischen Saison, sondern während des ganzen Jahres. Sie definiert « tou-

ristisch genutzte Erholungsgebiete » nicht. Die Schweiz wird von mehreren zivilen Luftstrassen überzogen. Jeden Tag finden Tausende von Flugbewegungen darauf statt. Die Übungsräume für die Luftwaffe sind sehr eingeschränkt und liegen notgedrungen (auch) über Erholungsgebieten.

Unsere Verfassung gibt der Luftwaffe den Auftrag die Lufthoheit über unserem Land zu sichern. Dazu gehört auch der Alpenraum. Eine komplette Auslagerung ins Ausland ist nicht denkbar weil unsicher, höchst aufwendig, ungenügend und

politisch einseitig. Die Einsatzbereitschaft der Luftwaffe wäre nicht gewährleistet. Neben technischen und betrieblichen Massnahmen zur Einschränkung des Lärms wird vermehrt im Simulator trainiert. Die realistische Übung mit dem Jet im Berggebiet ist aber für einen sicheren Betrieb unabdingbar.

Die Delegierten der EVP haben einstimmig die Nein-Parole zur Vorlage beschlossen. Ich setze mich in der Sicherheitskommission des Nationalrats für optimiertes Training (minimale Flüge, Auslandsübungen, Simulator) und optimierte Rahmenbedingungen (restriktive Betriebszeiten, Start- und Landeverfahren) ein. Dem drohenden Grounding der Schweizer Luftwaffe muss mit einem Nein am 24. Februar vorgebeugt werden. « Oben ohne » wäre unverantwortlich!

KEINE LEGALISIERUNG

Die Wintersession 2007 im Rückblick. Neben den Bundesratswahlen gaben die Hanfinitiative, das Budget 2008 und die Jugend zu reden.

(rae/wd/nh). In der Wintersession haben sich die EVP-Nationalräte Ruedi Aeschbacher (ZH) und Walter Donzé (BE) für die verschiedensten Belange eingesetzt.

Mehr Gratissoftware

Walter Donzé fordert mit einer Interpellation eine Open Source Strategie für den Bund: statt in teure Softwarelizenzen für Windows Vista, Microsoft Office und Co. zu investieren soll der Bundesrat künftig den Einsatz von Gratissoftware fördern.

EVP gegen Hanfinitiative

Im Rat begründet Walter Donzé das Nein der EVP zur Hanfinitiative mit dem aufgeweichten Jugendschutz, den gesundheitlichen Risiken und der Rolle von Cannabis als

Einstiegsdroge sowie den entsprechenden Kosten, die von der Allgemeinheit getragen werden müssen.

Leider mehr Sonntagsverkäufe

Mit einer Änderung des Arbeitsgesetzes sind künftig vier Sonntagsverkäufe pro Jahr ohne besondere Begründung und Bewilligung möglich. Weil sich die Gewerkschaften dieses Mal nicht als Partner für ein Referendum anboten, musste die EVP diesen Rückschritt hinnehmen. Doch der arbeitsfreie Sonntag darf nicht weiter ausgehöhlt werden.

Einbürgerungen nicht an Urne

Der nun fertige Gegenvorschlag zur Einbürgerungsinitiative der SVP sieht vor, dass das Volk über Einbürgerungen entscheiden kann, jedoch

nur an Gemeindeversammlungen und nicht mehr an der Urne, weil auf diesem Weg willkürliche Entscheide ohne Begründung zustande kommen können. Die meisten Gemeinden und Kantone haben das Problem inzwischen geregelt.

Voranschlag 2008 mit Minus

Weniger als auch schon gibt der Voranschlag fürs 2008 zu reden. Er sieht bei Ausgaben von 58 Mrd. einen Einnahmenüberschuss von 1,1 Mrd. Franken vor. Ausserordentliche Ausgaben für den Infrastrukturfonds, den neuen Finanzausgleich, das Asylwesen und die Pensionskasse des Bundes drücken das Finanzierungsergebnis jedoch auf fast 4 Mrd. ins Minus.

Jugend braucht Vorbilder

In einer organisierten Debatte behandelt das Parlament über vierzig Vorstösse zu Jugendfragen. Für die EVP mahnt Ruedi Aeschbacher, dass Jugendliche auf Vorbilder angewiesen sind.

Je 2 Kommissionen

Beide EVP-Nationalräte können wie bis anhin in zwei Kommissionen Einsitz nehmen: Walter Donzé wie bisher in der Staatspolitischen Kommission und in der Sicherheitskommission, Ruedi Aeschbacher wie die letzten acht Jahre in der Rechtskommission und neu in der Verkehrs- und Fernmeldekommission anstelle der Umweltkommission.

Vernehmlassungen

Die EVP hat sich zustimmend zum nationalen Präventionsprogramm Alkohol 2008 – 2012 und der Pa.lv. « Einsatz von Schutzdienstpflichtigen aus der Personalreserve » sowie ablehnend zur Pa.lv. « Faire Abstimmungskampagnen » geäußert. Letztere will den grossen Parteien Gratiswerbeminuten am Schweizer Fernsehen sichern.

Anzeige

Abschalten und Auftanken. Was liegt näher.



Lihn

Der Tagungsort, der auch Feriengäste verwöhnt.

- Seminarhotel 50 Minuten von Zürich, für Gruppen, Familien und Einzelgäste
- Traumhaft über dem Walensee mit See- und Bergsicht
- Professionelle, vielfältige Seminarinfrastruktur
- Alkoholfreie Gastlichkeit und ausgezeichnete Küche mit Goût-Mieux-Label
- Idealer Ausgangspunkt für Wanderungen, ins Heidiland und zur nahen Rodelbahn
- Sport und Spass vor der Haustüre, Streichelzoo, Spielplatz mit Riesentrampolin
- Heidi-Kinderzimmer, Töggelikasten, Tischtennis
- Nah bei den Flumserbergen für Wintersport
- Mit öffentlichem Verkehr gut erreichbar

Nichts wie Lihn.

Lihn Ferien und Seminare | 8757 Filzbach über dem Walensee | Telefon 055 614 64 64
www.lihn.ch

Seebüel



Das Ferienidyll, das auch Seminargäste geniessen.

- Ferien für Einzelgäste, Familien, Gruppen und Menschen mit Behinderung
- Einmalig ruhige Lage direkt am Davoser See
- Café am See mit Panorama-Terrasse
- Alkoholfreie Gastlichkeit und kreative Küche zum Geniessen
- Mehrzwecksaal und gemütliche Aufenthalts-/Gruppenräume, Spielzimmer
- Kinderspielplatz, Grillplatz, hoteleigenes Ruderboot
- Gratis Bergbahnen im Sommer
- Schneesicher im Winter
- Mit öffentlichem Verkehr gut erreichbar

Auf nach Davos.

Seebüel Ferien und Seminare | 7265 Davos Wolfgang | Telefon 081 416 31 17
www.seebuel.ch

Genuss
Goût-Mieux
Alkoholfreie Gastlichkeit im Restaurant.



Lihn und Seebüel sind Hotels der Genossenschaft sozial-diakonischer Werke, entstanden aus dem Blauen Kreuz: Engagiert in der Beschäftigung und Integration von Menschen mit Handicap.

KURZ & BUENDIG

4641 Mitglieder

Ende Jahr zählte die EVP 4641 Mitglieder (plus 172 im 2007), davon 75 französischsprachige und 348 *jevp-Mitglieder.

Altorfer für Kuhn

Der gelernte Bauer und studierte Agronom Jörg Altorfer löst Martin Kuhn als Präsident der EVP Bezirk Diessenhofen ab.

EVP neu in Biglen

Im August ist mit der EVP Biglen die 49. Ortsgruppe und 21. seit dem Jahr 2000 im Kanton Bern gegründet worden.

Sitzgewinn in Zäziwil

Die EVP Zäziwil hat mit Hans Peter Lanz den Sprung in die Schulkommission geschafft.

Von Bergen bleibt

Am 25. November 2007 ist Margret von Bergen als EVP-Gemeinderätin von Uetendorf bestätigt worden. Gleichzeitig schafften in Interlaken die GGR-Mitglieder Fritz Heiniger und David Bühler die Wiederwahl.

Preis für Jenni

Der Berner EVP-Grossrat und Solarpionier Josef Jenni wird für sein Lebenswerk vom Bundesamt für Energie ausgezeichnet.

Anzeige

www.livenet.ch
...erfrischt!
News • Agenda • Adressen
Jobs • Forum • Webhosting
... am Puls der Zeit!
www.livenet.ch
Unser Tipp:
Top-Newsletter
Aktuelle News und geistliche Impulse
Livenet.ch – für angestellte Christen
Jesus.ch – für am Glauben Interessierte

WAHLEN OSTSCHWEIZ

EVP MIT SITZGEWINN ?

In den Kantonen St.Gallen und Thurgau werden die kantonalen Parlamente neu bestellt. Die EVP ist zuversichtlich.

(nh). Gewählt wird im Kanton St.Gallen am 16. März. Wegen der Verkleinerung des Kantonsrates von 180 auf 120 Sitze ist die EVP stark gefordert. Während der Sitz von Reto F. Denoth im Wahlkreis St.Gallen gesichert sein sollte, ist jener von Hans Oppliger im Wahlkreis Werdenberg gefährdet, dank einem guten Kandidierendenfeld aber nicht unmöglich. Im Wahlkreis Wil-Untertoggenburg strebt die EVP mit aller Kraft einen Sitzgewinn an und wird dabei von der EDU unterstützt, die diesmal keine eigene Liste einreicht, sondern vier Kandidaten auf die EVP-Liste gesetzt hat. Listenverbindungen sind bei diesen Wahlen nämlich nur innerhalb der Partei erlaubt. Insgesamt kandidiert die EVP mit 7 Listen und 78 Kandidierenden in 5 Wahlkreisen. Besonders erfreulich

ist der hohe Anteil an jungen Kandidierenden auf unter anderem zwei *jevp-Listen in den Wahlkreisen St.Gallen und Wil.

Im Kanton Thurgau haben alle 8 Bezirke eine volle Liste mit total 88 Kandidierenden für die Grossratswahlen vom 6. April eingereicht. Erfreulich ist der gute Frauenanteil (39 %), junge Listen kamen nirgend zustande, dafür kandidieren auf fast allen EVP-Listen auch Nachwuchspolitikerinnen und -politiker. Wahlziel ist der Erhalt der bisherigen 4 Sitze, was allerdings in Frauenfeld mit bisher 2 Sitzen schwierig werden dürfte, weil hier erstmals die EDU antritt. Sitzgewinne liegen in den Bezirken Arbon, Bischofszell und allenfalls Münchwilen durchaus drin. Listenverbindungen werden in den meisten Bezirken mit der EDU und allenfalls der CVP angestrebt.

EVP ZH

PETER SCHÄPPI TRITT ZURÜCK

(nh). Nach 15 Jahren tritt Peter Schächli als Präsident der EVP Kanton Zürich zurück. Seine politische Laufbahn hat Schächli in den Kantonsrat, das Gemeindepräsidium



von Thalwil und in den Verfassungsrat geführt. Johannes Zollinger dürfte sein Nachfolger werden.

TERMINE

- 24. Februar 2008 Volksabstimmung
- 26. Februar 2008 EVP Schweiz, Olten Sekretariats- und Kantonalparteienkonferenz
- 15. März 2008 EVP Schweiz, Aarau Kadertag
- 29. März 2008 *jevp, Aarau Ordentliche Mitgliederversammlung
- 5. April 2008 EVP Schweiz, Neuchâtel Ordentliche Delegiertenversammlung
- 1. Juni 2008 Volksabstimmung

WAHLEN NE

PROMINENTE ZUGÄNGE



Neu in der EVP: Didier Rochat, Generalrat in Neuenburg.

(nh). Bei den Gemeindewahlen im Kanton Neuenburg vom 27. April kann die EVP mit zwei Bisherigen antreten: Didier Rochat, einst auf einer SP-Liste gewählt, wird in Neuenburg von 9 weiteren Kandidierenden unterstützt, Bernhard Müller, ebenfalls während seiner Amtsdauer in die EVP eingetreten, präsentiert sich in Côte-aux-Fées erneut. Der kantonale Co-Präsident Raymond Martin führt eine Liste in Môtiers an. Er ist auch Präsident der am 8. Januar gegründeten Regionalpartei PEV du Val-de-Travers. Am 21. Februar soll mit der PEV du Littoral (Kreise Neuchâtel und Boudry) eine zweite Regionalpartei folgen, bevor die EVP Schweiz am 5. April mit der ordentlichen Delegiertenversammlung in Neuenburg noch einmal kräftig die Werbetrommel für die noch junge Kantonalpartei rührt.

Anzeige

www.U-Shop.ch
Mehr als nur 1 Shop
1 Wallmex Fotostudioteknik nicht nur für Fotografen
2 Drexel Rohrreinigungstechnik für den Abwart, Hausbesitzer
3 Brennenstuhl Technik für Haus und Garten
schnell und günstig



RUEDI AESCHBACHER TRITT ZURÜCK

(nh). Nach acht Jahren als Zentralpräsident der EVP Schweiz tritt Ruedi Aeschbacher an der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 5. April 2008 in Neuenburg nicht mehr zu einer weiteren Amtsperiode an. Er sei zwar keineswegs amtsmüde, betont Aeschbacher: «Ich will mein Amt nun aber in jüngere Hände legen – zumal dies meine letzte Legislatur als Nationalrat sein wird.» Bereits haben die Kantonal-

sektionen ihre Nominationen für das Präsidium eingereicht, der Zentralvorstand hat an seiner Sitzung vom 26. Januar in St.Gallen eine Aussprache geführt und schlägt der Delegiertenversammlung Heiner Studer zur Wahl vor.

Mit Ruedi Aeschbacher hatte die EVP in den letzten Jahren einen äusserst fähigen und routinierten Präsidenten, der die Partei umsichtig und mit enormem Engagement geführt

hat. Ungezählt die Artikel, Mails und Reden, die es zu schreiben galt; die Medienauftritte und Sitzungen, die vorbereitet und geleitet werden wollten. Unermüdlich Aeschbachers Einsatz für eine noch bessere Positionierung der EVP, für christliche Werte und eine menschliche Politik in der Schweiz. Als amtierender Nationalrat bleibt Ruedi Aeschbacher der Partei als Mitglied der Geschäftsleitung erhalten. Zum Glück!

EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Einladung zur 89. ordentlichen Delegiertenversammlung (DV) der EVP Schweiz, Samstag, 5. April 2008, 10.00 bis 16.00 Uhr in Neuchâtel.

- TOP 1 Eröffnung der Tagung durch den Zentralpräsidenten
- TOP 2 Besinnliche Einleitung / Grussworte / Wahl der Stimmzähler
- TOP 3 Abstimmungsvorlagen vom 1. Juni 2008
Mittagessen
- TOP 6 Bericht über die politische Lage (Parteipräsident Ruedi Aeschbacher)
- TOP 7 Bericht über das Parteileben (Generalsekretär Joel Blunier)
- TOP 8 Zentralkasse: Jahresrechnung 2007 (Finanzchef Beat Monhart)
- TOP 9 Zentralkasse: Voranschlag und Zentralbeitrag 2009
- TOP 10 Zentralvorstand: Neuwahlen des Präsidiums und der übrigen Mitglieder
- TOP 11 Kontrollstelle: Neuwahlen für die Amtsdauer 2008 – 2012
- TOP 10 Schlusswort des Zentralpräsidenten



Ich melde mich für die DV vom 5. April 2008 an.
Mittagessen: ☐ mit ☐ ohne ☐ vergünstigt (für *jevp-Mitglieder)

Name, Vorname:

Strasse, Nummer:

PLZ und Ort:

Datum:

Unterschrift:

Einsenden bis am 31. März an: EVP Schweiz, Postfach, 8021 Zürich.

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei Schweiz (EVP) 15. Jahrgang, Nummer 1, Februar 2008

Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber und Redaktion:

EVP Schweiz, Niklaus Hari

Adressen- und Aboverwaltung:

EVP Schweiz, Werner Rieder

EVP Schweiz:

Postfach 3467, 8021 Zürich, Tel. 044 272 71 00, Fax 044 272 14 37, info@evppev.ch, www.evppev.ch

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

Dr. Ruedi Aeschbacher, Walter Donzé, Philipp Frei, Niklaus Hari.

Druck und Vertrieb:

Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:

Wiedergabe von Artikeln und Bildern mit Genehmigung der Redaktion gestattet.